

**Pressekonferenz zu den  
Ergebnissen des Forschungsprojekts  
*„Zahnmedizin und Zahnärzte im  
Nationalsozialismus“***

**Berlin, 28. November 2019**

**Standespolitische Einordnung und  
gesellschaftliche Rolle der Zahnärzteschaft**

**Dr. Wolfgang Eßer**

**Vorsitzender des Vorstandes**

+++ ES GILT DAS GESPROCHENE WORT! +++

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte nun eine **standespolitische Einordnung** vornehmen und dabei auch auf Bedeutung und Funktion des Berufsstandes für unsere Gesellschaft eingehen. Lassen Sie mich zunächst ein klares Statement voranstellen:

**Das heutige Wissen um die Rolle der Zahnärzteschaft im „Dritten Reich“ und das Ausmaß der Verstrickung in das NS-Regime ist bedrückend, es schmerzt und es beschämt!**

**Die Position, dass Zahnärzte in jener Zeit nur eine Nebenrolle spielten, ist nicht länger haltbar.**

Die Ergebnisse dieser wissenschaftlichen Untersuchung zeigen, dass wir gemeinsam wachsam sein müssen, damit sich solche schrecklichen Ereignisse niemals wiederholen. Der Berufsstand in seiner Gesamtheit ist entschlossen, aktiv seinen Beitrag zu leisten, damit heute und künftig nie wieder Mitbürger stigmatisiert und marginalisiert werden - oder gar um ihr Leben fürchten müssen. Noch vor wenigen Jahren wäre es mir leichter gefallen, diesen letzten Satz aussprechen. Heute verbinde ich mit einer solchen Aussage tatsächlich die Sorge, dass sich derartige Dinge *doch* wiederholen könnten: Allein in diesem Jahr ereigneten sich in Deutschland mehrere medial diskutierte Anschläge von Rechtsextremisten und Rassisten. Diese verabscheuungswürdigen Taten richteten sich gegen ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger, gegen politisch Andersdenkende und gegen Andersgläubige. Als besonders dramatisch empfinde ich vor dem Hintergrund der heutigen Pressekonferenz den Anschlag in Halle vom 9. Oktober. Es war der Versuch eines Massenmordes an Juden am höchsten jüdischen Feiertag, dem Jom Kippur. Die antisemitischen Motive der Tat sind zweifelsfrei belegt. Wer bis dahin glaubte, dass offener antisemitischer Terror auf deutschem Boden abwegig sei, wurde an diesem Tag eines Besseren belehrt.

**Weder die Ergebnisse der Studien noch die gerade dargelegten Ereignisse lassen die verfasste Zahnärzteschaft unberührt!**

Im Gegenteil – ich begreife beides als Auftrag an uns Zahnärztinnen und Zahnärzte:

**Wir sind mehr als Experten für Mundgesundheit. Wir sind ein wichtiger Teil der Gesellschaft, der über seine fachliche Qualifikation hinaus Verantwortung für das Gemeinwohl trägt:** Wir behandeln Menschen. Wir bilden aus. Wir wirken auf vielfältige Art und Weise ehrenamtlich in die Zivilgesellschaft hinein. Aber auch jenseits dieses Engagements ist es aus zwei Gründen mehr denn je geboten, dass die Zahnärzteschaft sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst sein und sie leben muss:

**Zum Ersten**, weil wir uns derzeit in Deutschland offenkundig in einer schwierigen gesellschaftlichen und politischen Situation befinden:

Teile der Bevölkerung suchen nach Orientierung, andere scheinen geschichtsvergessen oder gar wieder empfänglich für nationalistisches Gedankengut zu sein. Diese offensichtlichen Parallelen zum Ende der Weimarer Republik machen mich nachdenklich, sie bereiten mir Sorgen.

Die Wirkungen der NS-Politik waren ja nicht zuletzt deshalb so verheerend, weil sich ihre menschenverachtende, ausgrenzende Ideologie sukzessive, in kleinen, toxischen Dosen in das öffentliche Bewusstsein einschlich. Weil sie peu à peu die Gedanken infiltrierte und zu einer schleichenden, moralischen Verrohung und schlussendlich zu offenkundiger Immunität gegenüber ethischen Prinzipien und einem gesunden Rechtsempfinden führte. **Es gab eben nicht den einen konkreten Anlass, der einen eindeutigen Wechsel markiert hätte von der Moral zur Unmoral, von Recht zu Unrecht, von Toleranz zu Intoleranz.** Es geschah vielmehr kontinuierlich, es war das Einsickern unmoralischer Aktionen, Gedanken und Gesetze, es war die sukzessive Dosissteigerung, die dem NS-Regime und seiner menschenverachtenden Ideologie zum Durchbruch verhalf. Die Folgen

kosteten Millionen Menschen weltweit das Leben und raubten einer noch größeren Zahl Heimat und Perspektive.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

**wenn wir aus unserer Geschichte *eine* Lehre ziehen, dann diejenige, dass wir bereits den Anfängen entschieden wehren müssen und nicht erst ein bestimmtes Ausmaß von Unrecht oder politischer Eskalation abwarten dürfen.**

**Und noch ein zweiter** gesellschaftlicher Umbruch veranlasst uns Zahnärzte zu mehr Verantwortungsübernahme und Wachsamkeit: Die letzten Zeitzeugen, die letzten Opfer des NS-Terrors sind hochbetagt oder bereits verstorben. Wir können also künftig nicht mehr auf direkt Erlebtes und Erlittenes zurückgreifen. Schon bald wird es keine Zeugenberichte mehr geben. Auch wenn wir die Rolle von Zeitzeugen sicher nicht übernehmen können, liegt es doch an uns, ihr historisches Wissen weiterzutragen und der nächsten Generation zugänglich zu machen.

**Wir müssen durch unser eigenes Wirken Vorbilder sein.**

Aus dem, was ich bislang gesagt habe, konnten Sie bereits entnehmen, dass ich nicht glaube, dass es heute noch zuvorderst um Schuldfragen oder um die Zuweisung von Schuld geht. Mir geht es vielmehr darum, Verantwortung zu übernehmen – für den Berufsstand, als Vorstandsvorsitzender der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung.

**Die Aufgabe der nunmehr dritten Generation seit Ende des Zweiten Weltkrieges muss es sein, eine Wiederholung dieser unfassbaren Verbrechen zu verhindern.**

Dieser Auftrag ergibt sich bereits aus Artikel 1 des Grundgesetzes klar und eindeutig: „**Die Würde des Menschen ist unantastbar**“. Dieser Satz kennt keine Abstufung, keine Relativierung, keine Ausnahmen. Aber wir wissen: Papier ist geduldig, **veröffentlichtes Recht ist nicht zwingend gelebtes Recht**. Es bedarf vielmehr zusätzlicher, zivilgesellschaftlicher Anstrengungen, gerade wenn Zeitzeugen und damit deren authentische

Erzählungen weniger werden, die erst nachvollziehbar machen, wie sich ein vermeintlich hochzivilisiertes **Land der Dichter und Denker** binnen weniger Jahre in ein **Land der Richter und Henker** verwandeln konnte. Leicht ist dieser Auftrag nicht: Heute droht bereits das von unseren Eltern Erlebte aus dem öffentlichen Bewusstsein zu verschwinden. Dies gilt umso mehr für die Generation unserer Groß- oder Urgroßeltern. Unsere Zeit ist schnelllebig geworden, die Taktung wird immer kürzer und mit ihr die Aktualität von Wissen: Themen, die heute noch aktuell waren, sind morgen Randnotizen und übermorgen vergessen. Sicher geglaubte Wahrheiten werden aus politischem Kalkül in Frage gestellt oder bewusst negiert.

Fest steht heute definitiv: **Die Zahnärzteschaft war im „Dritten Reich“ eine wichtige Stütze des NS-Unrechtsstaats.**

**Der Gedanke an die politische Beteiligung des Berufsstandes ist bedrückend, er schmerzt und beschämt. Aber es ist ein notwendiger Schmerz, der die Erinnerung an das Geschehene wachhält.**

**Er zwingt uns zur Auseinandersetzung, zur Selbstreflektion, er zwingt uns, lange ausgeblendete Realitäten anzuerkennen.**

**Er zwingt uns, über Recht und Unrecht, über Menschlichkeit und Unmenschlichkeit, über Ausflucht und Verantwortung nachzudenken.**

**Er macht uns demütig, aber er macht uns auch sensibel für Fehlentwicklungen, ideologische Verirrungen und Intoleranz, welche im gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Diskurs wieder verstärkt konstatiert werden müssen.**

Insofern bin ich sehr dankbar, dass wir dieses Forschungsprojekt initiiert haben. Mit der Ausschreibung vor drei Jahren haben wir das Thema NS-Vergangenheit bewusst auf unsere standesspolitische Agenda gesetzt. Erlauben Sie mir, dass ich abschließend noch eine weitere Initiative anspreche: Schon zu Projektbeginn deutete Herr Prof. Groß an, dass die politische Belastung der Zahnärzte beträchtlich war. Genau vor diesem

Hintergrund hat die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung ebenfalls vor drei Jahren den Entschluss gefasst, sich an der **Ausschreibung und Finanzierung des „Herbert-Lewin-Preises“** zu beteiligen, der gestern in Berlin vergeben wurde. Es handelt sich dabei um einen Forschungspreis zur Aufarbeitung der Geschichte der Ärzteschaft in der NS-Zeit. Geehrt und gefördert wurden und werden Arbeiten, die sich explizit mit der Rolle der Ärzte- und Zahnärzteschaft im Nationalsozialismus oder dem Schicksal entrechteter jüdischer Ärztinnen und Ärzte beschäftigen. Dies ist eine Maßnahme der Ärzte- und Zahnärzteschaft und des Bundesgesundheitsministeriums, mit der wir unserer gesellschaftlichen Verantwortung Ausdruck verleihen. Zugleich aber wollen wir die Forschung rund um das Thema Medizin und Zahnmedizin im Nationalsozialismus fördern. Je mehr wir wissen, je mehr dieses Wissen breiten Bevölkerungsschichten zugänglich ist, desto größer sind die Chancen, ein Wiederaufleben von Nationalismus und radikalen Ideologien zu verhindern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

**die Verantwortung für das Geschehene – die müssen, die wollen wir tragen. Wir wollen das Wissen weiterreichen an die nächste Generation, damit auch sie Verantwortung übernehmen kann. Die Erinnerung darf nicht enden, ohne sie gibt es keine Lehren für die Zukunft. Sie muss auch künftige Generationen zur Wachsamkeit mahnen. Wir Zahnärzte sind mehr denn je entschlossen, zu dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe unseren Beitrag zu leisten.**

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Ansprechpartner:

Kai Fortelka  
Pressesprecher  
Leiter Abteilung Presse-  
und Öffentlichkeitsarbeit

Behrenstraße 42  
10117 Berlin

Tel.: 030/28 01 79-27  
Fax: 030/28 01 79-21

[www.kzbv.de](http://www.kzbv.de)  
[presse@kzbv.de](mailto:presse@kzbv.de)